

# Einleitung

Deutschland nach der Bundestagswahl 2009. Die Nation arbeitet sich ab an Kleinigkeiten. Ein paar Jahre zusätzliche Laufzeit für Atomkraftwerke. Leicht verminderte Einkommensteuern für die Mittelschicht. Etwas mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Etwas weniger Kündigungsschutz.

So aufregend diese Detailfragen sind, viel wichtiger wäre das Grundsätzliche: Wer erklärt den Bürgern, wohin sich die Bundesrepublik bewegen soll? Vom Staatskapitalismus bis zum Neoliberalismus sind alle Ideologien diskreditiert, Links und Rechts berufen sich auf die soziale Marktwirtschaft und sinnentleerten damit auch diesen eigentlich ehrenwerten Begriff.

Ein Jahrzehnt lang haben wir den Katastrophen-Banken im Land jede Freiheit und Unterstützung gewährt – und Firmengründer im Rest der Wirtschaft mit einer ausgefeilten Bürokratie drangsaliert.

Wir hemmen den Arbeitsmarkt, wir verteuern mit hohen Abgaben die Jobs – und sparen gleichzeitig an Bildung und Ausbildung der Menschen.

Wir verlangen zu Recht große Leistungsbereitschaft von allen Bürgern – und leben in einer Klassengesellschaft, die denen am unteren Ende kaum Chancen gewährt.

Wir tun so, als sei die Bundesrepublik ein ökologisch vorbildliches Land – und verzagen, während andere Nationen die Wirtschaftskrise als grüne Chance nutzen.

Sieht ganz so aus, als führten der Markt und der Staat in der Bundesrepublik derzeit keine gute Beziehung miteinander.

Das aber können wir uns jetzt nicht leisten. Deutschland muss die Finanzkrise samt Wirtschaftseinbruch und hohen öffentlichen Schulden verkraften. Die Volkswirtschaft muss schnell wieder dahin wachsen,

wo sie vor der Krise schon einmal war. Einzelne Bevölkerungsgruppen sind hoch armutsgefährdet, obwohl wir ihre Arbeitskraft in absehbarer Zeit dringend brauchen werden – denn zu allem Überfluss altert die Bevölkerung schneller als in den meisten Industrieländern.

Symbolische »Reformpolitik«, heute in diese, morgen in jene Richtung, ist nicht gut genug. Die Regierung muss alle Register ziehen, und das heißt vor allem, eine größere und längerfristige Wende zu verfolgen. Sich mit kommenden Landtagswahlen oder generell mit politischer Vorsicht herauszureden, gilt dagegen nicht. Dafür ist das Mandat für Schwarz-Gelb in Bund und Ländern zu eindeutig.

Dieses Buch beansprucht nicht, die einzige Reformwahrheit zu besitzen, aber ein paar Wahrheiten. Es hat kein Programm für 100 Tage zu bieten, sondern Projekte für 100 Wochen und mehr. Es ist auch keine allumfassende Agenda. So wird Ostdeutschland nicht eigens angesprochen, weil viele Probleme gesamtdeutsch werden. Und der Föderalismus bleibt außen vor, weil mit ihm zu viel Untätigkeit nur entschuldigt wird.

Dieses Buch ist eine Aufforderung an Angela Merkel und die ihren, radikal zu sein. Radikal im Bemühen, Banken zu zähmen und Unternehmer zu befreien, radikal im Kampf für mehr Arbeit und mehr Fairness, radikal im Ringen um die Klimawende.

Bei genauerem Hinsehen, auch historisch, zeigt sich, dass Deutschland wirtschaftlich erfolgreicher, fairer und grüner zugleich werden kann – und werden muss. Was diese Ziele angeht, sollte die Regierung resolut sein. Und pragmatisch, wenn es um einzelne wirtschaftliche Glaubenssätze geht.

Das erste Kapitel beschreibt, wie bundesdeutsche Regierungen seit den achtziger Jahren zu Reformen aufbrachen und sich doch oft im Hickhack um Symbole verloren. Seine großen Probleme – von der über-  
teuerten Arbeit bis zur Chancenungleichheit – hat das Land lange ge-  
leugnet und dann nur unzureichend gelöst. Um es positiv zu wenden:  
Das Potenzial ist noch groß.

Das zweite Kapitel speist sich aus der Empörung darüber, dass der Staat die Banken hätschelte und die innovativen Firmengründer links liegen ließ. Umgekehrt wäre es besser: Die Banken brauchen starke Regeln und noch stärkere Kontrolleure einschließlich eines Staates, der

sich selbst im Griff hat. Und die ideenreichen Unternehmer im Land müssen von Tausenden von Regeln befreit und durch eine geschickte Innovationspolitik gefördert werden.

Das dritte Kapitel fordert: Schluss mit dem ewigen Kleinklein rund um die Jobs. Entgegen allen deutschen Mythen ist der Arbeitsmarkt tatsächlich ein Markt. Wir brauchen deshalb eine Agenda 2020, damit die Arbeit besser und billiger zugleich wird. Besser durch mehr Bildung. Billiger durch sinkende Abgaben auf den Lohn. Am Ende muss ein einheitlicher Arbeitsmarkt für alle stehen, ohne die Trennung in gut gesicherte Normaljobs und prekäre Arbeit, mit Aufstiegschancen und ohne ein Durcheinander von Mindestlöhnen.

Kapitel vier sagt der Unfairness im Land den Kampf an. Manche Ungerechtigkeiten gibt es im Hartz-Regime und bei den Steuern zu beseitigen. Doch entscheidender ist, ob wir den Familien am unteren Ende mehr Chancen verschaffen. Viele Kinder sind von vornherein verloren – sie fehlen später als engagierte Bürger ebenso wie als Fachkräfte der Wirtschaft. Deutschland muss sich an ihrem Schicksal messen lassen.

Kapitel fünf zeigt: Jetzt und nicht irgendwann entscheidet sich, ob wir die Klimawende schaffen. Deutschland sollte sich an die Spitze der Bewegung setzen, weil seine Wirtschaft neue Jobs und weil die Welt reiche Länder braucht, die demonstrieren, dass sie grün sein wollen und können. Also alle Kraft auf intelligente Stromnetze, auf Naturkraft, auf Energiesparen – und auf eine Verhaltenswende der Bundesbürger.

Das sechste Kapitel entwickelt ein modernes Reformverständnis: Wie der Staat seine Bürger mit kleinen Anstößen zu großen Verhaltensänderungen bewegen kann. Warum manche Gesetze erst kaum Eindruck machen und dann die Welt verändern. Und wie die Politik sich mit Anpassungsregeln für Steuern oder Schulden viel unnötige Arbeit ersparen kann.

Was aus Deutschland werden soll? Eine Chancengesellschaft für jederman mit ökologischem Gewissen. Dazu müsste die Politik allerdings einige Gewohnheiten überwinden.